

Bezirksamt Spandau von Berlin

Abt. Personal, Finanzen, Facility Management
und Wirtschaftsförderung
Serviceeinheit Personal und Finanzen
Personalmanagement



Dienstgebäude Rathaus Spandau
Carl-Schurz-Str. 2/6 - 13597 Berlin

Informationen zum Datenschutz zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) durch die SE Personal und Finanzen (Stand: 06.02.2023)

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie informieren, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen als **Bewerber/in für eine ausgeschriebene Stelle** erheben, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte nach geltendem Datenschutzrecht.

Die SE Personal und Finanzen beim Bezirksamt Spandau verwendet zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten auch personenbezogene Daten. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

Für die Datenverarbeitung ist das Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Spandau, verantwortlich. Die Datenerhebung erfolgt im Zuständigkeitsbereich der Serviceeinheit Personal und Finanzen.

Kontaktdaten der Verantwortlichen:

Bezirksamt Spandau von Berlin
Vertreten durch die Bezirksbürgermeisterin Dr. Carola Brückner
13578 Berlin (Postanschrift)
E-Mail: buergermeisterin@ba-spandau.berlin.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragter - Michael Rothe -
Carl-Schurz-Str. 2/6 - 13597 Berlin
E-Mail: datenschutz@ba-spandau.berlin.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Datenverarbeitung ist für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses erforderlich.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben.

Die Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich aus Art. 88 EU-DSGVO, § 18 Berliner Datenschutzgesetz i.V.m. § 26 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Nach § 26 Abs. 1 BDSG dürfen personenbezogene Daten von Beschäftigten für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet werden, wenn dies u.a. für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz, einem Tarifvertrag oder einer Dienstvereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

Das bedeutet, dass wir die Daten bei Ihnen erheben und dann z.B. speichern, nutzen, übermitteln oder löschen, sofern es im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Personalauswahl bzw. Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses - z.B. zur Bearbeitung oder Abwicklung von

- ⊗ Informationsaustausch (z.B. Eingangsbestätigung, Gesprächseinladung)
- ⊗ Prüfung der (formalen) personenbezogenen Voraussetzungen
- ⊗ gesetzlichen Dokumentationspflichten (Begründung der Auswahlentscheidung)
- ⊗ Beteiligungen der Beschäftigtenvertretungen
- ⊗ Feststellungen im Rahmen einer vorläufigen Prüfung von Erfahrungsstufen

erforderlich ist.

Folgen einer Nichtbereitstellung der Daten:

Bei Nichtvorlage der erforderlichen Unterlagen können sich negative Folgen ergeben. Insbesondere kann bei Nichtvorliegen der erforderlichen Unterlagen die Teilnahme am Personalauswahlverfahren nach herrschender Rechtslage gefährdet sein.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Ihre personenbezogenen Daten sind grundsätzlich nur für die Beschäftigtenvertretungen und für diejenigen legitimierten Dienstkräfte zugänglich, die mit der Bearbeitung von Bewerbungsverfahren/ Personalangelegenheiten betraut und zur besonderen Vertraulichkeit verpflichtet sind.

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die im Rahmen eines Personalauswahlverfahrens erhobenen Daten werden regelmäßig ein Jahr nach dem Ende des Verfahrens gelöscht/vernichtet.

Rechte aus dem Datenschutz:

Als betroffene Person haben Sie das Recht auf

- ⊗ Auskunft über die betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), sowie auf
- ⊗ Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- ⊗ Löschung (Art. 17 DSGVO) oder
- ⊗ Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO).

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Falls Sie annehmen, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer persönlichen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DSGVO). Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet den Betroffenen über das Ergebnis.

Kontaktdaten der Berliner Beaufragten für Datenschutz und Informationsfreiheit:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Alt-Moabit 59-61

10555 Berlin

Eingang: Alt-Moabit 60

Telefon: 030 13889-0

Telefax: 030 2155050

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de